

**Klaus Lefringhausen:**

# **Interessen von Politik und Wirtschaft am christlich-islamischen Dialog**

Referat im Rahmen der Tagung

**Christlich-islamischer Dialog in der Kritik**  
Erfahrungen, Strategien, gesellschaftliche Präsenz

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart  
Stuttgart-Hohenheim

8. - 10. Oktober 2004

---

Ich bin dankbar für die Frage nach den politischen Interessen am interreligiösen Dialog, denn ohne einen aufgeklärten Interessenhorizont wird die Integrationsdebatte zu problematisch und wird den Migranten das Gefühl vermittelt, nur die Addition von Problemen zu sein, so dass sie sich dafür entschuldigen sollten, dass es sie überhaupt gibt.

Wohlverstandene Eigeninteressen können auch davor bewahren, dass Politiker Führungsstärke zeigen, den Wählern einen hohen Grad an Entschlossenheit demonstrieren und mit hektischen Sofortmaßnahmen auf Themen wie die König Fahd Akademie, die Kopftuchfrage und andere reagieren - auch wenn das der Integration die wichtige Wärmequalität raubt, die Bereitschaft zu pauschaler Verdächtigung stützt und Migranten in die Parallelgesellschaft treibt, gegen die dann wieder ganze Serien neuer Sofortmaßnahmen erfunden werden. Die Hoffnung, durch Härte Stärke zu zeigen, trügt jedoch, denn die Wähler erhalten den Eindruck einer kopflos reagierenden Obrigkeit, geraten durch den Alarmismus in Panik, ziehen sich in die Burg von Vorurteilen zurück und werden blind für die eigenen Interessen am Gelingen der Integration.

1. Die Politik ist daran interessiert, dass die Religionen helfen, eine Dialogkultur zu entwickeln, bei der der Dialog ein schöpferischer Prozess, also mehr ist

- als ein Doppelmonolog,
- als argumentatives Siegen,
- als ein Belehrungsprogramm,
- als ein Austausch autistischer Positionen,
- als Konsens durch gemeinsame Feindbilder,
- als der Stellungskrieg der Standpunktsteher,
- als der Kulturkampf auf moralischen Feldherrnhügeln und
- als Antwort individuelle ethischer Rigorismen auf strukturelle Probleme.

2. Die Politik braucht den Dialog der Religionen, um Mechanismen der Entfremdung aufzuspüren.

Diese Mechanismen bleiben unentdeckt in einer moralisierenden Integrationsdebatte, die mehr die personale Verantwortung betont als die strukturethischen Probleme. Dabei entgeht ihr das Phänomen des unschuldig Schuldig-Werdens, das schon die Grundmelodie griechischer Tragödien war.

Dazu ein Beispiel:

Eine Familie emigriert nach Deutschland. Nachdem sie die Wohnung bezogen hat, bittet der Mann seine Frau, einen Kuchen für die Nachbarn zu backen, die bald zur Begrüßung erscheinen werden. Doch auch in der Nachbarfamilie wird ein Kuchen gebacken, denn sie erwartet, dass die Neuen bald kommen werden, um sich vorzustellen. Da also trotz hoher Bereitschaft zu guter Nachbarschaft jede Seite vergeblich wartet, entsteht eine erste Missstimmung.

Bald zeigt sich, dass die neuen Nachbarn nicht begreifen, was Mülltrennung ist und was sie für deutsche Gemüter bedeutet. Der Keil der Entfremdung dringt tiefer.

Die Zugewanderten geben ihre Tochter in die öffentliche Schule. Dort wird sie bald von einer deutschen Klassenkameradin zum Geburtstag eingeladen, doch der Vater erlaubt es nicht, weil sich die Eltern ja noch nicht kennen. Die Entfremdung wächst, denn die deutsche Familie wirft der zugewanderten vor, nicht integrationswillig zu sein und die zugewanderte Familie fühlt sich argwöhnisch beobachtet, nicht anerkannt und unerwünscht.

Bald wird die Moscheegemeinde zum Ort der Ersatzintegration. Das wiederum steigert die Verfremdungsmechanismen, ohne dass eine Seite der anderen einen moralischen Vorwurf machen kann.

Dann bekommen die zugewanderten Eltern Anlass zu der Furcht, ihre Kinder an die abweisende und säkularisierte Gesellschaft zu verlieren, was zugleich den Familienzusammenhalt aufs Spiel setzt. Der Imam rät, noch religiöser zu werden, um die Familie zusammen zu halten. Fortan tragen Frau und Tochter ein Kopftuch, was ihr Wohnumfeld noch mehr veranlasst, sie auszugrenzen. Die Eigendynamik einer polarisierenden Entwicklung hat also begonnen.

Der Sohn bricht aus der neuen Enge der Familie aus und schließt sich einer Jugendclique an - mit allen Folgen, über die bald auch die Medien berichten. Die Türe zur Integration ist ins Schloss gefallen

Weil man sich solcher Mechanismen kaum erwehren kann, gelten sie für Afrikaner als Dämonen, deren Kraft dadurch zu brechen ist, dass man beim Namen nennt. Genau das könnte wesentliche Aufgabe der Religionen sein, nämlich jenseits aller Schuldzuweisungen polarisierende Mechanismen zu benennen und bewusst zu machen. Wenn nämlich der Trend anhält, dass sich Gegner gegenseitig moralisch diffamieren, erhalten sie zwar gewissenmäßige Entlastung, doch sie können die dämonische Kraft der Mechanismen nicht brechen.

3. Die Politik ist daran interessiert, dass die Religionen im Dialog die gegenseitigen Ängste auf den Tisch legen und so ein Beispiel für den produktiven Umgang mit Ängsten werden.

Gegenwärtig verknoten sich soziale Abstiegsängste, Überforderungs-, Orientierungs-, Sicherheits- und Überfremdungsängste und nicht zuletzt der weltpolitische Katastrophendaueralarm zu einem sich selbst verfestigenden Bündel.

In einem ähnlichen Meinungsklima hat der Zukunftsforscher Robert Jungk einst gesagt: "Ich will nicht sachlich sein, ich bin besorgt." Dieses Grundgefühl der Besorgnis nimmt aus Vorsicht zunächst das Schlimmste und vom Gegenüber das Schlechteste an. Weil es helllichtig machen soll für die drohende Wirklichkeit, spricht der Philosoph Jonas von der 'heuristischen Funktion' der Angst.

Doch Ängste können

- sich auch gegenseitig hochschaukeln,
- eine Eigendynamik entwickeln,
- das Integrationsklima vergiften,
- zu Solidarierungen gegeneinander führen
- die Religionen dazu verführen, gegeneinander zu glauben.

So produzieren Ängste genau das, wovor sie sich fürchten.

Im Meer der Angst können aufgeklärte Interessen wie Anker wirken.

4. Die Politik ist an Dialogen interessiert, die die Partizipation zum Thema machen.

Dazu ein Beispiel aus unserer Geschichte: Zu Beginn der Industrialisierung entstand die sogenannte Arbeiterfrage, die zunächst als Arbeiter-Ernährungsfrage missverstanden und deshalb karitativ beantwortet wurde. Sie war aber eine zutiefst politische Frage, denn die Arbeiter wollten als neuer Stand Mitsprache in einer Gesellschaft, die die anderen Stände bereits unter sich aufgeteilt hatten. Das Missverständnis hatte Folgen.

Ähnlich könnten wir heute die Zuwanderungsfrage karitativ missverstehen. Wir haben zu lange die Migranten zu Objekten herabneigender Sozialpolitik gemacht und zumindest bei der zweiten und dritten Generation Selbstachtung und das Recht auf die Würde der eigenen Tat verletzt. Die Migranten wollen weder stets als Fremde noch als Sozialfälle der Nation behandelt werden, weil das eine Situation schafft, die die alten Chinesen einst zu der sprichwörtlichen Frage veranlasst hat: "Warum hasst Du mich, ich habe Dir doch gar nicht geholfen?"

Deshalb kann und darf es heute nicht mehr nur um Betreuungsbeziehungen oder um barmherzige Dialogangebote gehen, sondern um die gemeinsame Beschreibung von Zukunftsaufgaben, durch die die Migranten sich eingeladen und gewürdigt fühlen, Subjekte der gemeinsamen Zukunft zu werden, über die Phase der Halbintegration hinauszukommen und endlich in der Mitte der Gesellschaft anzukommen.

5. Die Politik braucht den Dialog der Religionen als Hilfe im Spannungsfeld von verfassungsrechtlichen Analysen und der integrationspolitischen Gestaltung.

Je größer die Ängste, desto wichtiger wird die analytische Rolle des Verfassungsschutzes. Er vermittelt das Gefühl, alles im Blick und im Griff zu haben. Sein wichtiges, analytisches

Mandat ist aber zu ergänzen durch das der politischen Gestaltung. Es kann doch nicht sein, dass die von ihm beobachteten Problemgruppen als Dialogpartner ausfallen, isoliert werden und so erst recht zu dem werden, was der Verfassungsschutz beanstandet. Uns fehlt das Gleichgewicht von analytischen und gestaltenden Maßnahmen. Dieses Ungleichgewicht zeigt sich bereits in der Tatsache, dass der Verfassungsschutz in NRW vier Islamwissenschaftler beschäftigt, die Integrationspolitik aber keinen. Diese Asymmetrie von defensiver und gestaltender Politik ließe sich auch durch einen intensiveren christlich-islamischen Dialog korrigieren.

6. Im christlich-islamischen Dialog sollten auch die integrationspolitischen Leistungen der Religionen thematisiert werden, denn sie sind

- schützendes Identitätsgehäuse,
- Sprach- und Denkraum für die Selbstfindung,
- Gemeinschaftsimpuls gegen drohende Vereinzelung und
- Erholungsräume für verletzte Identitäten.

Sie sind auch eine Form der Umwegintegration mit den Schritten: erst Selbstfindung, dann Öffnung. Solche Umwege sind nicht abzuwerten, denn sind Umwege oft die kürzeste Entfernung zwischen zwei Menschen.

Es ist wichtig, dass diese Integrationsfunktion auch der deutschen Öffentlichkeit bewusst gemacht wird. Mancher Streit um Moscheebauten würde sich erübrigen, wenn das Wohnumfeld sich der Alternative bewusst würde, nämlich religionslose Jugendcliquen.

7. Die Politik ist an einem würdigeren Themenniveau interessiert.

Die Politik hat sich die Themensetzungskompetenz von islamischen Verbänden abnehmen lassen. Diese drängen die Politik auf der Ebene strittiger Durchsetzungsthemen in eine defensive Rolle, obwohl in Deutschland die staatliche Neutralität eigentlich eine kooperative und nicht - wie in Frankreich - eine distanzierte sein sollte.

Dieses kooperative Verhältnis kommt aber dann nicht zum Zuge, wenn einige islamischen Verbände eine Integration vor den Gerichten betreiben und dabei übersehen, dass anders als in islamischen Staaten die gesellschaftliche Akzeptanz dem Islam mehr dient als der eine oder andere Punktsieg vor den Gerichten, der sich zudem beim Ringen um Akzeptanz über Nacht in eine Niederlage verwandeln kann.

Der christlich-islamische Dialog kann Themen gemeinsamer Zukunftsverantwortung definieren und so für den konstruktiven Dialog mit der Politik ein angemesseneres Themenniveau vorbereiten.

8. Die Politik ist auf dialogische Denkarbeit der Religionen angewiesen, wenn es darum geht, gemeinsame Zukunftsaufgaben zu definieren.

Die Politik muss die Gefährlichkeit einer Halbintegration mindern, denn diese ist ein Schwebezustand, der jederzeit in die emotionale Desintegration zurückfallen, den Weg in eine Rückzugsidentität öffnen, ein inneres Ausland schaffen und sich Polarisierungsschüben aussetzen kann, die der Politik entgleiten.

Halbintegration lässt sich aber nur überwinden, wenn sich Migranten eingeladen und gewürdigt fühlen, an der Lösung großer Zukunftsaufgaben ihrer neuen Heimat mitzuwirken und dabei ihr eigenes Profil einzubringen. Sie würden dann nicht mehr von ihren Defiziten, sondern von ihren Stärken her definiert.

Das gilt vor allem für die 2. und 3. Generation von Migranten, die nicht mehr so sehr mit Fragen der Existenzsicherung ausgelastet sind, doch immer noch das Gefühl haben, erst dann in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein, wenn sie der neuen Heimat etwas bedeuten können.

Eine solche Denk- und Bewusstseinsarbeit wäre auch für die Religionen wichtig, denn sie könnte den Glauben entschlacken und davor bewahren, den Glauben an die unendliche Größe Gottes durch kleinkariertes Verhalten unglaubwürdig zu machen. Lessing hat einst die Religionen gemahnt, den Übergang vom Streit zum Wettbewerb zu finden. Heute geht es um den Übergang vom Wettbewerb zur Kooperation und diese Kooperation trifft nicht zu, was stets bei Lehrvergleichen befürchtet wird, nämlich kulturelle Horizontverschmelzung, Esperanto-Religion, religiöser Synchretismus, patchwork-Kultur, eingeebnete Identitäten, kulturelle Selbstaufgabe, kulturelle Kolonisierung und anderes mehr.

Die Politik ist vor allem an Religionen interessiert, die sich nicht stets selbst zum Thema machen, also den Verantwortungshorizont nicht auf die eigene Glaubensfamilie beschränken. Sie braucht eine neue Nachbarschaft zwischen den Religionen, die den verdächtigkeitsfreien Dialog auf gleicher Augenhöhe ermöglicht und dabei nicht in die Sackgasse religiöser Lehrvergleiche gerät, sondern sich an der ökumenisch bewährten Formel orientiert, zu tun, was eint.

Es geht nicht darum, die Religionen für politische Zwecke zu instrumentalisieren, denn das würde ihnen die Würde rauben. Doch die Gesellschaft braucht Antworten auf spirituelle Verödung und auf die Trends, Sinnfragen mit höherer Produktivität zu beantworten.

Die Gesellschaft steht zudem vor der Aufgabe, eindimensionale Standortdebatten in mehrdimensionale Zukunftsdebatten zu verwandeln.

Sie braucht ferner die Religionen, die mit spiritueller Wachheit aus der Gesellschaft, die sich mit sich selbst volldröhnt, die leisen Klopffzeichen des Humanum heraushören.

9. Der christlich-islamische Dialog sollte zudem eine interkulturelle Grundwertedebatte anregen.

So braucht die Integrationspolitik die störende Frage, von welchem Menschenbild sie eigentlich ausgeht. Ist der Mensch eine wurzellose Luftpflanze, ein wandernder Baum, nur eine aufenthaltsrechtliche Kategorie, etwa geschichtslos, weil er die Vergangenheit vergessen sollte, um den Neustart zu erleichtern? Ist er ein Tropfen im Meer eingeebneter Individualitäten, hilfloser Schwamm in der Sintflut der Informationen, willenloses Rädchen im Weltgetriebe, Schachfigur im fremden Spiel?

Viele Migranten frieren in der werteverschwiegenden Gesellschaft, die ihre Letztwerte nicht mehr nennt und sich deshalb dem Verdacht aussetzt, keine mehr zu haben. Ohne Grundkonsens jedoch, den allerdings die Politik nicht organisieren kann, ist eine Integration kaum vorstellbar.

10. Wir brauchen einen inklusiven Dialog, der auch die mit ihrer Lebenslage einbezieht, die ich abschließend mit ihrem Gebet vorkommen lassen möchte.

Gebet eines Beamten

Gott,

bin ich im Ausländeramt Dein Eben- oder Gegenbild?  
Mit dem Mandat, stündlich Schicksal zu spielen?  
Gezwungen, nach Recht und Ordnung zu urteilen,  
in einer Wirklichkeit, für die sie nicht gemacht sind?

Siehst Du, wie Moralisten mich entehren,  
wie Migranten mich täuschen und verletzen,  
wie ich versucht bin, es auch denen heim zu zahlen,  
die es nicht verdienen?

Gott, eile mir zur Hilfe,  
wenn ich in den Spiegel schaue  
und nicht mehr weiß, wer ich bin.  
Hast Du diese komplizierte Wirklichkeit geschaffen?

Warum muss ich herhalten,  
dass das Ausländerrecht bleiben kann, wie es ist,  
obwohl es nicht bleiben kann, wie es ist?  
Ihre Augen, starr vor Verzweiflung, verfolgen mich in die Nacht.

Die Tränen derer, die sich gedemütigt fühlen,  
das Zittern derer, für die ich Obrigkeit bin,  
die unverheilte Erinnerungen weckt.

Mein Gegenüber betet zu Dir,  
und ich bete zu Dir,  
doch die Antwort - nach Aktenlage?

Schenk mir einen spirituellen Geist,  
selbst Gewöhnliches ungewöhnlich zu tun.  
mehr zu hören, als sie zu sagen vermögen,  
mehr zu verstehen, als die Hektik zulässt,  
im Gegenüber Dein Abbild zu sehen  
und mehr als eine aufenthaltsrechtliche Kategorie.

11. Wir brauchen einen Dialog, der vom Bewusstsein der jeweils eigenen Mentalitätsgeschichte ausgeht. In Deutschland treffen Konfliktparteien mit unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Mentalitätsgeschichte aufeinander. So haben sich Muslime seit Jahrhunderten als Opfer der Kolonial- und Zivilisationsgeschichte gefühlt. Der Glaube an Allah als den Weltenlenker konnte nur schwach die Erfahrung eigener ökonomischer, militärischer, zivilisatorischer, wissenschaftlicher und geostrategischer Unterlegenheit kompensieren.

Als Opfer fühlten sich auch die Russlanddeutschen, denn sie hatten nicht nur unter Stalin, sondern auch unter dem Zerfall der Sowjetunion gelitten, weil sie etwa in Kasachstan als russische Fremde und Komplizen der ehemaligen Kolonisatoren galten.

So entstand die Grunderfahrung, Opfer zu sein. Diese Opfermentalität stößt nun auf eine Tätermentalität, denn nach zwei Weltkriegen hat deutsches Täterbewusstsein ein so gebrochenes Verhältnis zu sich selbst, dass die Bereitschaft, sich schuldig zu fühlen, sehr ausgeprägt ist.

Wenn nun Migranten als unschuldige und deshalb ihre Lebenslage kaum zu verantwortende Opfer ihre Forderungen mit Anklagen verbinden und ihr Gegenüber schuldbewusst reagiert, dann verstehen sie das als Eingeständnis, das ihre Opferrolle bestätigt. Sie spüren beim Gegenüber wenig Widerspruch und das wirkt auf sie wie schuldbewusste Ichschwäche, die sie reizt, die Forderungen deutlich zu erhöhen.

Dabei bleibt der Fordernde immer Sieger, denn gibt der Angeklagte nach, dann bekennt er sich schuldig, gibt er nicht nach, dann beweist er, dass das Opfer sich zu Recht als Opfer versteht. Das kann bis zu der Aussage führen, Muslime fühlten sich heute an den Vorabend des Holocaust erinnert.

Auf der Gegenseite gibt es ähnliche Mechanismen. Die Opfermentalität wird mit Passivität verwechselt und das löst den Vorwurf aus, Migranten würden die Sozialkassen plündern, seien aber zur Selbstverantwortung nicht bereit. Integration gelte als Leistungspflicht des allein verantwortlichen Staates und die Chancen, die sich der Eigeninitiative bieten, würden übersehen. Trotz des großzügigen Entgegenkommens käme niemals Dank, sondern viele Migranten seien in ihre Opferrolle so verliebt, dass sie stets nach Bestätigungen suchen und empfangene Hilfen, die dieses Weltbild stören, mit Nichtachtung abtun.

Beide Seiten haben also Komplexe aus ihrer Geschichte aufzuarbeiten. Wer das übersieht, bringt den Dialog der Opfer- und der Tätermentalitäten schnell in eine Schiefelage und provoziert den Vorwurf der Blauäugigkeit.

12. Wir brauchen einen Dialog, der nicht ein Kuschedialog ist, der etwa von den abrahamitischen Religionen spricht, ohne die Frage zu prüfen, ob es überhaupt einen gemeinsamen Abrahambild gibt. Doch er sollte Inseln des Verstehens erarbeiten. Dazu drei Beispiele:

a) Das Bildverbot, das für jüdischen, christlichen und islamischen Glauben einen zentralen Stellenwert hat. Mit diesem Bildverbot antwortete einst der Glaube auf antike Potentaten, die in entlegenen Regionen Stand- und Ebenbilder als Zeichen des von den Göttern legitimierten Herrschaftsanspruches errichteten. Dagegen setzt der Glaube die revolutionäre These: Nicht nur göttliche Herrscher, sondern alle Menschen besitzen die Würde, Ebenbild, Kalif und Statthalter Gottes zu sein.

Das Bildverbot meint aber auch, dass sich die Größe Gottes nicht in Weltbilder und nicht in Lehr- und Theoriegebäude, nicht in menschliche Gehirne und nicht in Gesellschaftsordnungen einfangen lässt. Gott lässt sich nicht festlegen und verfügbar machen. Bilder von Gott sind zudem oft aus gefährliche Wunschbilder, denen man göttliche Autorität leiht und so Gott zum Komplizen des eigenen Tuns macht.

Das Bildverbot verwehrt den Anspruch sicheren Wissens von Gott, mit dem sich Bildbesitzer hoch schleichen, sich zum gültigen Maß erheben und Integration nach dem Motto betreiben: "Lasst uns Menschen machen nach unserem Bilde."

Es wehrt auch Gottesbilder ab, die vorgeben, Gott habe den unendlichen Kosmos geschaffen, um auf dem Staubkorn Erde ein Abendland blühen zu lassen. Wir brauchen einen kulturellen Galilei, der uns lehrt, dass sich das Weltall nicht um Washington, Rom oder Mekka dreht.

Das Bildverbot lässt nicht zu, Gott zum Anwalt für Lern- und Integrationsverweigerung zu machen, weil er angeblich einen Glauben im Mantel dieser und jener Kultur bevorzugt. Er würde zu einem Kulturgott, und Auftraggeber für einen Durchsetzungsglauben.

Wem das Bildverbot das Wahrheitsmonopol aus der Hand nimmt, der begegnet Migranten mit einem anderen Blick - nicht dem bewertenden, abschätzenden, begutachtenden, entwürdigenden und unbeseelten Blick, der auf Migranten kränkend wirkt, weil sie spüren, dass er der ethnischen Qualitätsprüfung dient, sondern mit dem bejahenden, Werte erkennenden, Würde aufspürenden und Beziehung aufnehmenden Blick. Er verrät dann kein oberflächliches, kalt vermessendes, mit sich selbst vergleichendes und Beziehung beendendes Interesse mehr am ethnischen Einordnen und an kategorisierten Werturteilen. Das Bildverbot schenkt dem Menschen eine offene Identität und die äußert sich im zugewandten Blick, der dem Gegenüber beim Ansehen Ansehen schenkt.

b) Zu den Inseln des Verstehens gehört auch die Sintflutgeschichte mit der Botschaft des Regenbogens, denn am Ende stand die Verheißung, dass es keine zweite Sintflut mehr geben werde. Gott habe diese Verheißung sogar im Regenbogen beurkundet.

Diese Nachricht alarmierte einst den Verfassungsschutz der Herrschenden, denn diese hielten sich für Gottessöhne, die durch ihre Beziehungen zum Jenseits jederzeit ein unbotmäßiges Volk mit einer Sintflut bestrafen konnten. Religion bedeutete also Macht über Gewissen und stabilisierte Herrschaft. Dagegen berief sich der Glaube auf die göttliche Zusage, dass es keine Sintflut mehr geben werde und folglich keine Regierung ihre Macht mit Religion legitimieren könne. Der Regenbogen, Wahrzeichen dieser Zusage, wurde zum subversiven Symbol einer Entsakralisierung von Politik. Er wurde zum Wahrzeichen vom Ende instrumentalisierter, politisierter und verzweckter Religion, denn er gab der Religion ihre Würde zurück. Gehört diese Botschaft vom Regenbogen zu den Inseln des Verstehens?

c) Ein weitere Insel des Verstehens könnte die Erinnerung an die religionsgeschichtliche Wende sein, die Abraham mit der Abkehr vom Menschenopfer eingeleitet hat. Seit Abraham gibt es auch für Menschenopfer im übertragenen Sinne keine gewissensmäßige Entlastung mehr.

Der Mensch ist weder Religionen noch Ideen oder Ideologien untertan. Seine Würde ist nicht auf dem Altar höherer Zwecke zu opfern, nicht dem Rassenwahn, nicht dem geostrategischen Kampf der Kulturen und nicht dem Abschreckungsverhalten derer, die die Sogwirkung Deutschlands auf Flüchtlinge und andere Migranten eindämmen wollen.

Es wird auch niemand die Zukunft seiner Kinder einer Lernverweigerung, die sich auf Rechtgläubigkeit beruft, opfern dürfen.

Klaus Lefringhausen